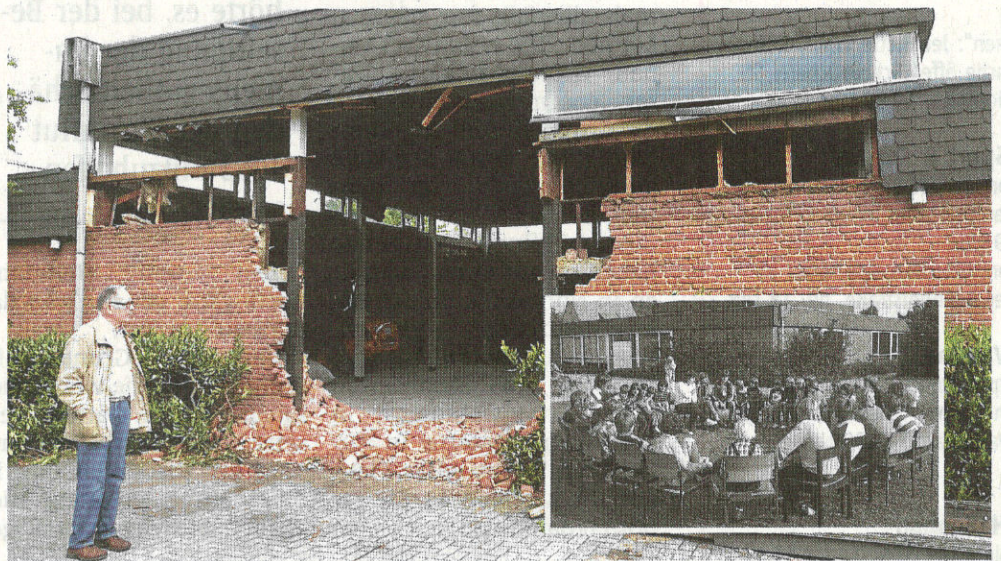


Gemeindezentrum wird abgerissen

37 Jahre lang war St. Willibrord eine beliebte Begegnungsstätte

-hjp- **BURGSTEINFURT.** Nach fast 42 Jahren wird das ehemalige katholische Gemeindezentrum St. Willibrord dem Erdboden gleichgemacht. Rückläufige Zahlen sonntäglicher Gottesdienstbesucher und immer weniger Geld bei steigenden Energiekosten hatten die Pfarrgemeinde 2008 dazu veranlasst, das Haus zu schließen.

Viele Friedenauer Katholiken haben sich für das Zentrum eingesetzt. Aus dem Jahr 1966 wird berichtet, dass eine kleine Gruppe von Kirchgängern sonntags die Stufen hinab in das Untergeschoss der Willibrordschule stieg, um dort die Eucharistie zu feiern. Ihnen war der Weg zur Pfarrkirche zu lang. Daher taten sich Frauen und Männer zusammen, die diese Situation verändern wollten. Am 7. November 1967, dem Gedenktag des heiligen Willibrord, wurde ein Kirchenbausammelverein gegründet. In den Vorstand gewählt wurden Pastor Hubert Reinhold als Vorsitzender, Reinhard Baumgardt als erster Geschäftsführer, Emil



Reinhard Baumgardt, ehemaliger Geschäftsführer des Kirchenbausammelvereins, verfolgt mit Wehmut den Abbruch des ausgedienten Gemeindezentrums. Das kleine Bild zeigt eine der beliebtesten Gruppenstunden der Pfarrjugend..

Fotos: Hermann-Josef Pape

Wiemeler als zweiter Geschäftsführer, Gertrud Wiening als Schriftführerin und Hans Teupen als Schatzmeister, der bis zur Grundsteinlegung 36 452,07 Mark von den fast 300 Mitgliedern gesammelt hatte.

Groß war die Freude und die Anteilnahme, als das Gebäude am 3. Oktober 1971

eingeweiht wurde.

Genutzt wurde das Haus für Sonntagsgottesdienste, Schulmessen, Gruppenstunden, Gesprächskreise und Kinderbetreuung; zeitweise waren dort auch Fachhochschüler und Kindergartenkinder aufgrund von Raumnot untergebracht.

Nach dem Auszug der Kir-

chengemeinde mietete die Stadt die Räume für die Offenen Ganztagschulen und die Über-Mittag-Betreuung der Evangelischen Jugendhilfe an.

Der Kirchenvorstand von St. Johannes Nepomuk möchte nun auf dem Grundstück weitere Wohnbebauung ermöglichen.